

## GROSSER RAT

Sitzung vom 3. Juni 2014, Art. Nr. 2014-0480, romm/eb

### PROTOKOLL

**(GR.14.27-1) Massnahmen zur Sicherstellung genügender Asylunterkünfte: Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG); Änderung; 1. Beratung; Fortsetzung Detailberatung und Gesamtabstimmung**

---

Der Rat fährt fort mit der Behandlung der regierungsrätlichen Vorlage vom 12. Februar 2014 samt abweichendem Antrag der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) vom 1. April 2014. Der Regierungsrat lehnt den Änderungsantrag ab. Die Kommission GSW beantragt Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen. Die Vorlage wird seitens des Regierungsrats von Sozialdirektorin Susanne Hochuli vertreten.

#### Detailberatung (Fortsetzung)

Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG)

Rückkommen (Fortsetzung)

Keine weiteren Anträge.

#### Gesamtabstimmung (Anträge gemäss Botschaft)

Antrag 1

Antrag 1 wird mit 86 gegen 43 Stimmen gutgeheissen.

Antrag 2

Die Kommission GSW stellt folgenden Teilstreichungsantrag zu Antrag 2: "Der Regierungsrat wird mit der Ausarbeitung eines Standortkonzepts für die Bereitstellung von regional ausgewogen verteilten Asylunterkünften ~~und soweit erforderlich der Ausarbeitung eines kantonalen Nutzungsplans beauftragt.~~"

Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Die Fassung gemäss Kommission GSW obsiegt in der Abstimmung mit 72 gegen 57 Stimmen über die Fassung des Regierungsrats.

Somit gilt die Fassung der Kommission GSW.

Dr. Martina Sigg, Schinznach, stellt folgenden Prüfungsantrag zu Antrag 2: "Auf die 2. Beratung ist genau aufzuzeigen, wie vorgegangen wird bei der Ausarbeitung: Welche Kriterien, welche Vor-kommnisse bedingen einen kantonalen Nutzungsplan und wie sind die Kommunikationswege."

Der Prüfungsantrag wird in der Abstimmung mit 121 gegen 6 Stimmen gutgeheissen.

## **Beschluss**

1.

Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG) wird in 1. Beratung zum Beschluss erhoben.

2.

Der Regierungsrat wird mit der Ausarbeitung eines Standortkonzepts für die Bereitstellung von regional ausgewogen verteilten Asylunterkünften beauftragt.

Thierry Burkart  
Präsident

Rahel Ommerli  
Ratssekretärin

Verteiler  
Departement Gesundheit und Soziales  
Rechtsdienst Regierungsrat (Gesetzessammlung)